

Wochendienst

Nr. 22

vom 6. Juni 2014

Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Gesundheit und Verbraucherschutz

Warnung vor Miracle Mineral Solution	2
Hamburg bei Organspendern weiterhin bundesweit an der Spitze.....	3
Qualitätsinstitut für das Gesundheitswesen nur gemeinsam mit den Ländern	4

Schule, Jugend und Berufsbildung

Schulsenator Rabe stellt den neuen Hamburger Basiswortschatz vor	6
Erich-Kästner-Schule wird mit Deutschem Schulpreis ausgezeichnet	9
Meinungsbild zu G8/G9: 58% der Einsender und 85% der schulischen Gremien für Beibehaltung von G8.....	11

Wissenschaft und Forschung

Wissenschaft und Forschung weiter stärken.....	13
--	----

Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Kreuzschifffahrtsinitiative Hamburg	15
Schleswig-Holstein und Hamburg: Gemeinsame Wirtschaftsreise in die Türkei.....	17
Verkehrsgewerbeaufsicht untersagt „Wundercar“ die Vermittlung von Touren.....	19

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Investorenkolloquium für Wohnquartier Finkenau.....	20
---	----

Kultur

Zwei neue Bücherbusse für Hamburg.....	22
Gestaltungswettbewerb für Deserteurdenkmal am Stephansplatz entschieden	24

Zur Information

Terminkalender	26
----------------------	----

3. Juni 2014/bgv03

Warnung vor Miracle Mineral Solution

Angebliches Heilmittel ist erheblich gesundheitsgefährdend

Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) warnt vor „Miracle Mineral Solution (MMS)“. Das angebliche Heilmittel, das über Spam-E-mails und unsichere Internet-Quellen als Mittel gegen Krebs, Malaria, chronische Infektionen und weitere Krankheiten beworben wird, enthält das Desinfektionsmittels Natriumchlorit und ist erheblich gesundheitsgefährdend.

Bei MMS handelt es sich um eine in kleinen Flaschen angebotene Lösung mit der chemischen Verbindung Natriumchlorit, die oft in Kombination mit einer zweiten Flasche, vertrieben wird. Diese enthält eine verdünnte Säure und wird als sogenannter „Aktivator“ bezeichnet. Natriumchlorit wird üblicherweise als Desinfektionsmittel u.a. bei der industriellen Wasseraufbereitung und als Bleichmittel für Textilien eingesetzt.

Aus Natriumchlorit und der verdünnten Säure entsteht Chlordioxid, das auf der Haut und auf Schleimhäuten - je nach Konzentration - reizend bis ätzend wirkt. Die Anwendung kann entsprechend zu erheblichen Gesundheitsgefahren führen. Neben Übelkeit, Erbrechen und Veränderungen im Allgemeinzustand wurden auch schwerwiegende Symptome bei medizinischer Anwendung bekannt.

Die BGV empfiehlt Verbraucherinnen und Verbrauchern, die MMS gekauft haben, das Produkt nicht einzunehmen und sich, sofern es bereits eingenommen wurde, unverzüglich an einen Arzt zu wenden. Restbestände müssen aufgrund der Inhaltsstoffe als Sondermüll entsorgt werden.

Weitere Informationen sind den Warnmeldungen des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) (<http://www.bfarm.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/mitteil2014/pm08-2014.html>) sowie des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) (<http://www.bfr.bund.de/cm/343/bfr-raet-von-der-einnahme-des-produkts-miracle-mineral-supplement-mms-ab.pdf>) zu entnehmen.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

5. Juni 2014/bgv05

Hamburg bei Organspendern weiterhin bundesweit an der Spitze

Bundesweiter „Tag der Organspende“ am 7. Juni 2014

Im Vergleich der Bundesländer ist Hamburg nach wie vor das Land mit den meisten Organspendern in Bezug auf die Einwohnerzahl: 2013 haben in Hamburg 39 Menschen ihre Organe gespendet, das entspricht einer Quote von 22,2 pro einer Million Einwohner. Bundesweit wurde mit 876 Organspendern eine Quote von 10,9 erreicht. Auch die Staatstaaten Berlin (45 bzw. 13,3) und Bremen (11 bzw. 16,8) blieben hinter der Spendenbereitschaft in Hamburg zurück. Insgesamt ist die Zahl der Organspenden jedoch deutlich zurückgegangen. Um für mehr Bereitschaft zur Organspende zu werben und über das Thema aufzuklären, findet der diesjährige bundesweite „Tag der Organspende“ am 7. Juni mit zahlreichen Veranstaltungen in Stuttgart statt.

„Jede Organspende kann ein Leben retten. Ich freue mich deshalb, dass wir in Hamburg auf eine vergleichsweise große Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur Organspende treffen. Dennoch brauchen auch wir in der Hansestadt mehr Spenderinnen und Spender“, sagt Hamburgs **Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz, Cornelia Prüfer-Storcks**. „Der Tag der Organspende ist wichtig, um über das Thema zu informieren und keine falschen Ängste vor der richtigen Entscheidung für einen Organspendeausweis aufkommen zu lassen“.

Bundesweit warten etwa 11.000 schwerkranke Patientinnen und Patienten auf die lebensrettende Organspende, 197 davon in Hamburg. Nur etwa einem Drittel kann jedoch jährlich geholfen werden, da zu wenige Spenderorgane zur Verfügung stehen. Im Jahr 2013 wurden in Hamburg je eine Million Einwohner 22,2 Organspender registriert. Das ist ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr mit 27,2 Spendern. Noch deutlicher wirkt dieser Wert im Vergleich zum Bundestrend: Hier ist von 2012 zu 2013 ein Rückgang von 12,8 auf 10,9 Spender je eine Million Einwohner zu verzeichnen. Hintergrund des Rückgangs sind auch Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Spenderorganen in einigen deutschen Kliniken.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

5. Juni 2014/bgv05a

Qualitätsinstitut für das Gesundheitswesen nur gemeinsam mit den Ländern

Senatorin Prüfer-Storcks fordert Mitbestimmung beim Qualitäts-institut – Abschaffung der Kopfpauschalen stärkt die Versorgung

Der Bundestag berät heute abschließend über den Entwurf zum GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetzes (GKV-FQWG). Darin werden unter anderem die Abschaffung des pauschalen Zusatzbeitragsbeitrags zur GKV-Finanzierung und die Gründung eines Instituts für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen umgesetzt. Dieses soll den Gemeinsamen Bundesausschuss bei der Entwicklung und Durchführung der Qualitätssicherung unterstützen und stärkere Transparenz über die Behandlungsqualität für Patientinnen und Patienten schaffen. Dabei sind aus Sicht der Hamburger Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks die Mitwirkungsrechte der Länder nicht angemessen berücksichtigt worden. Zudem werden Vorschläge zur Sicherstellung und Qualitätssicherung in der Hebammenhilfe umgesetzt.

„Mit dem Qualitätsinstitut wird die Grundlage für alle Entscheidungen zur Verbesserung der Qualität im Gesundheitssystem gelegt. Das ist ein großer und wichtiger Schritt für mehr Behandlungsqualität und Sicherheit für die Patientinnen und Patienten“, so **Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks**. „Die Arbeit des Instituts wird aber unmittelbare Auswirkungen auf die regionale ambulante und stationäre Versorgung haben – und damit auch auf die Zuständigkeit der Länder. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass die Länder stärker in die Aufgaben des Qualitätsinstituts eingebunden werden.“

Hamburg hatte gemeinsam mit Hessen diesbezügliche Änderungsanträgen in den Bundesrat eingebracht, die mit großer Mehrheit beschlossen wurden. Damit soll erreicht werden, dass die Länder ein Mitberatungsrecht im Qualitätsinstitut sowie ein Mitberatungsrecht im Gemeinsamen Bundesausschuss zu den Richtlinien zur Qualitätssicherung erhalten. Ihnen sollen außerdem Untersuchungsergebnisse über die Qualität in der stationären Versorgung unmittelbar zur Verfügung gestellt werden – ebenso Methoden und Indikatoren zur Bewertung der Qualität von Leistungen der Krankenhäuser, die das Qualitätsinstitut erarbeiten wird. Jedes Bundesland soll darüber hinaus das Institut unmittelbar mit Untersuchungen zu Qualitätssicherung oder Versorgungsqualität beauftragen können, wenn das jeweilige Land die Finanzierung übernimmt. Dazu **Prüfer-Storcks**: „Es ist erstaunlich, dass die Bundesregierung den parteiübergreifenden Beschluss der Länder in weiten Teilen zurückweist. Deshalb werden wir diese Anliegen in den Verhandlungen zum zustimmungspflichtigen Krankenhausreformgesetz weiter verfolgen.“

Mit dem GKV-FQWG werden zudem die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags zur GKV-Finanzierung umgesetzt. Der pauschale Zusatzbeitrag wird abgeschafft, die Krankenkassen setzen ihren Beitragssatz wieder selbst fest und der Beitrag wird unbürokratisch vom Arbeitgeber an die Kassen abgeführt.

Dazu **Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks**: „Viele Kassen mussten alles tun, um einen pauschalen Zusatzbeitrag zu verhindern statt in eine gute Versorgung zu investieren. Dies hat nun ein Ende und stattdessen wird der Wettbewerb um die beste Versorgung gestärkt.“ Die sogenannte kleine Kopfpauschale war unsozial und hat zusätzliche Bürokratie und Kosten in Millionenhöhe verursacht. „Es ist gut, dass dieses Geld jetzt wieder der Versorgung zu Gute kommt.“

Auch die vorgelegten Vorschläge zur Sicherstellung und Qualitätssicherung der Hebammenhilfe werden von Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks begrüßt. „Es ist gut und nötig, die Hebammenhilfe in Deutschland auf eine verlässliche Qualitäts- und Finanzierungsgrundlage zu stellen“, so **Prüfer-Storcks**. Deshalb soll künftig ein Sicherstellungszuschlag für Hebammen gezahlt werden, die weniger Geburten betreuen können, um die flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe sicherzustellen. Auch die Bemühungen für eine bessere Qualitätssicherung und für bessere Datengrundlagen seien ein richtiger Weg.

Die jetzt gefunden Regelungen sind allerdings nur ein erster Schritt, um die Versorgung mit freiberuflicher Hebammenhilfe kurzfristig zu sichern. Darüber hinaus muss in den kommenden Monaten eine verlässliche und bezahlbare Haftpflichtversicherung für die Hebammen gefunden werden.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

4. Juni 2014/bsb04

Schulsenator Rabe stellt den neuen Hamburger Basiswortschatz vor

Rechtschreibung an Hamburgs Schulen soll verbessert werden

Schulsenator Ties Rabe hat heute den neuen Hamburger Basiswortschatz vorgestellt: „Wir wollen die Rechtschreibung der Hamburger Schülerinnen und Schüler verbessern. Gute Rechtschreibung ist gerade in Zeiten von E-Mail, SMS und Internet unverzichtbar. Die Schulbehörde hat deshalb gemeinsam mit Lehrkräften einen Basiswortschatz mit 785 Wörtern bzw. Wörtergruppen erarbeitet, den Hamburgs Schülerinnen und Schüler am Ende der vierten Klasse sicher beherrschen sollen. Der Basiswortschatz wird im kommenden Schuljahr an Hamburgs Schulen eingeführt und ab dem Schuljahr 2015/16 verbindlich. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Rechtschreibung sind jährliche Rechtschreibtests, eine Handreichung für Lehrkräfte mit inhaltlichen und methodischen Erläuterungen für guten Rechtschreibunterricht sowie entsprechende Fortbildungen. Mit der Handreichung werden wir auch klarstellen, dass richtiges Schreiben in der Schule von Anfang an geübt werden muss. Methoden, nach denen die Kinder monatelang oder gar jahrelang nicht auf richtige Rechtschreibung achten müssen, sind in Hamburg nicht zulässig.“

Schulsenator Ties Rabe: „Der Basiswortschatz ist die künftige Grundlage für den Rechtschreibunterricht an allen 203 Grundschulen. Er hilft den Lehrkräften, den Rechtschreibunterricht auf wichtige und häufig gebrauchte Wörter zu konzentrieren. Er zeigt den weiterführenden Schulen verlässlich an, worauf die Grundschule hingearbeitet hat und worauf in der Sekundarstufe aufgebaut werden kann. Zugleich schafft er auch gegenüber Schülern und Eltern Klarheit darüber, welche Wörter und welche Regeln für die Rechtschreibung wichtig sind. Darüber hinaus sichert er über alle Schulen hinweg klare Standards für den Rechtschreibunterricht. Der Basiswortschatz soll im Schuljahr 2014/15 schrittweise eingeführt werden und im Schuljahr 2015/16 verbindlich sein.“

Der Basiswortschatz umfasst 785 Worteinträge, darunter häufig gebrauchte Wörter, aber auch Wörter, an denen sich bestimmte Rechtschreibregeln besonders gut erlernen lassen. Stellenweise sind in einem Worteintrag verschiedene Wortformen und Wortableitungen, die zur Wortfamilie gehören, zusammengefasst. Der Basiswortschatz kann von den Kindern bis zu 50 Prozent individuell um für sie bedeutsame Wörter erweitert werden. Am Ende der vierten Klasse sollen dann alle Schülerinnen und Schüler über eine möglichst hohe Rechtschreibsicherheit verfügen.

Der Basiswortschatz wurde im Referat „Unterrichtsentwicklung Deutsch“ der Schulbehörde in Zusammenarbeit mit Lehrkräften erarbeitet. Die Auswahl der Wörter wurde in Anlehnung an die bayrische Grundwortschatzliste und ein vergleichbares Projekt in Berlin übernommen. In Absprache mit den zuständigen Ministerien sind Ergebnisse aus den jeweiligen Erfahrungen beider Länder in Anlage und Ausgestaltung des Basiswortschatzes eingeflossen. Darüber hinaus wurden

Fachgespräche mit weiteren Experten geführt sowie empirische Untersuchungen zum Schreibwortschatz von Grundschulkindern herangezogen.

Der Hamburger Basiswortschatz ähnelt sehr der bayrischen Grundwortschatzliste, unterscheidet sich aber in wenigen Punkten:

- Neu aufgenommen wurden für Hamburg und Norddeutschland regionaltypische Bezeichnungen wie zum Beispiel „Düne“, „Ebbe“, „Flut“, „Hafen“, „Heide“, „Moor“, „Mühle“, „Möwe“, „Schiff“, „Segel / segeln“ und „Sonnabend“. Nicht übernommen wurden eher für Bayern landschaftstypische Wörter wie „Hecke“, „Fichte“, „Tanne“ oder nicht mehr bzw. selten gebräuchliche Wörter wie „Diskette“ bzw. „Fröhlichkeit“.
- Damit aus dem Vergleich verschiedener Wortformen Rechtschreibprinzipien abgeleitet werden können, wurden zum Beispiel Pluralformen mit Umlaut hinzugefügt oder Wörter desselben Wortstamms bzw. derselben Wortfamilie aufgenommen.
- Einzelne Wörter sind nicht wie in der bayrischen Grundwortschatzliste auf die Jahrgangsstufen 1 und 2 oder 3 und 4 aufgeteilt, da von Anfang an je nach individueller Voraussetzung mit dem Wortmaterial gearbeitet werden soll und die Arbeit mit den Wörtern nicht auf die letzten beiden Grundschuljahre aufgeschoben werden soll.
- Der Hamburger Basiswortschatz enthält rund 100 Wörter mehr als die bayrische Grundwortschatzliste, darunter schreibwichtige und für Kinder bedeutsame Wörter wie z. B. „Fahrrad“ oder „Fußball“, Begriffe aus der Märchenwelt wie „König / Königin“, „Burg“, „Held / Heldin“, „Schloss“, aber auch Begriffe aus der Alltagswelt wie „Fußgänger“, „Butter“, „Heft“, „Nachmittag“, „langsam“ oder „täglich“.

Handreichung für den Rechtschreibunterricht

Der Basiswortschatz ist Teil eines umfassenden Maßnahmenpakets zur Verbesserung der Rechtschreibung. Er ist Bestandteil einer Handreichung für den Rechtschreibunterricht an Hamburger Schulen, die im Sommer 2014 erscheinen soll. Darin werden didaktische Hinweise zum Umgang mit dem Basiswortschatz sowie Anregungen und Beispiele für den Rechtschreibunterricht von Klasse 1 bis Klasse 7 gegeben. Die Handreichung soll die Lehrkräfte darin unterstützen, den Rechtschreibunterricht zu verbessern und die abstrakten Lernziele aus dem Bildungsplan in konkreten Unterricht zu überführen.

Jährliche verbindliche Rechtschreibtests „Hamburger Schreibprobe“

In allen Schulklassen soll zur Überprüfung der Rechtschreibfähigkeiten die „Hamburger Schreibprobe“ jedes Jahr verbindlich durchgeführt werden. Die Ergebnisse sollen den Schulen und Lehrkräften Rückmeldungen über den Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler sowie Hinweise über Unterrichtserfolge und Handlungsbedarfe geben. Zur Umsetzung der neuen Maßnahmen sollen in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut breit angelegte Fortbildungen für Lehrkräfte durchgeführt und weiterentwickelt werden. In regionalen Konferenzen werden die Fachleitungen der Schulen außerdem speziell auf die neuen Aufgaben und die Erkenntnisse im Bereich des Rechtschreibunterrichts vorbereitet.

Verbesserung von Schulqualität und Unterricht an Hamburgs Schulen im Fokus

Schulsenator Ties Rabe: „Schulpolitik konzentriert sich oft einseitig auf organisatorische Fragen wie Ganztagschulen oder G8 und G9. Entscheidend für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler ist jedoch vor allem strukturierter, guter Unterricht mit klaren Zielen. Das neue Konzept zur

Verbesserung der Rechtschreibung ist wie auch das neue Zentralabitur oder die Wiedereinführung von naturwissenschaftlichem Fachunterricht in den Stadtteilschule Teil einer Strategie zur Verbesserung von Schulqualität und Unterricht an Hamburgs Schulen.“

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

6. Juni 2014/bsb06

Erich-Kästner-Schule wird mit Deutschem Schulpreis ausgezeichnet

Die Stadtteilschule in Farmsen wird Preisträger des „Deutschen Schulpreises 2014“ und gehört damit zu den Top 5 Schulen Deutschlands in diesem Jahr

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier ehrt Siegerschulen in Berlin

Schulsenator Rabe gratulierte herzlich: „Ich freue mich sehr, dass die Erich-Kästner-Schule zu den Top 5 Schulen Deutschlands in diesem Schuljahr gehört. Die Jury sieht die Schule als seit Jahren erfolgreich beim gemeinsamen Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung. Die gewonnenen 25.000 Euro und das Renommee eines Schulpreisträgers werden die Schule sicher weiter beflügeln.“ Die Stadtteilschule steht für gelebte Inklusion. Hier lernen seit 20 Jahren Mädchen und Jungen mit und ohne Handicap gemeinsam von der Vorschule bis zum Abitur. Die Lehrer kennen sich aus im Umgang mit unterschiedlichsten Leistungsansprüchen. Ihr Konzept lautet: Gerade die Unterschiede machen uns stark.

Aus der Laudatio: „Die Erich Kästner Schule ist eine der größten allgemeinbildenden Schulen des Landes Hamburg, eine integrierte Langform von der Vorschule bis zum Abitur, deren **überzeugendes Schulkonzept** über drei Jahrzehnte in einer spannungsvollen und konfliktgeprägten Schulgeschichte immer weiter gewachsen ist. **In dieser Schule werden tatsächlich alle willkommen geheißen. Länger und intensiver als jede andere Hamburger Gesamtschule ist hier das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung entwickelt worden und inzwischen eines der prägenden pädagogischen Elemente.**“

Der Deutsche Schulpreis ist der anspruchsvollste und höchstdotierte Schulpreis Deutschlands und zeichnet diejenigen Schulen aus, die für Lernen begeistern und zu Orten des Staunens werden; Schulen, die Kreativität freisetzen, Lust an Leistungen entstehen lassen, Lebensfreude und Lebensmut stärken und zu Fairness und Verantwortung erziehen. Gesucht werden jedes Jahr Schulen, die mit ihren Ideen und Konzepten öffentlich und bundesweit Vorbilder für Schulentwicklung in Deutschland sein wollen.

116 Schulen aus allen 16 Bundesländern hatten sich ursprünglich beworben, 3 davon aus Hamburg. 50 von diesen wurden im ersten Schritt zum „Exzellenzforum des Deutschen Schulpreises 2014“ eingeladen, aufgrund von Schulbesuchen dann die TOP 20 Schulen Anfang Dezember benannt.

Folgende Hamburger Schulen waren in den letzten Jahren für den Deutschen Schulpreis nominiert oder sind mit ihm ausgezeichnet worden:

- Clara Grunwald-Schule, Bergedorf (2006)
- Max-Brauer-Schule, Altona (2006, Preisträger)
- Erich-Kästner-Gesamtschule, Farmsen-Berne (2008)
- Gesamtschule Winterhude (2008)
- Schule an der Gartenstadt, Wandsbek (2011)
- Schule Rellinger Straße, Eimsbüttel (2012, Preisträger)
- Alexander-von-Humboldt-Gymnasium, Harburg (2012)
- Erich-Kästner-Schule (Grund- und Statteilschule), Farmsen-Berne (2012)
- Gymnasium Klosterschule, St. Georg (2012)
- Erich-Kästner-Schule, Farmsen-Berne (2014, Preisträger)

Homepage der Schule: www.erich-kaestner-hamburg-schule.de

Schulpreis-Portrait der Erich-Kästner-Schule:

<http://schulpreis.bosch-stiftung.de/content/language1/html/14376.asp>

Weitere Informationen: www.deutscher-schulpreis.de

Rückfragen:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

6. Juni 2014/bsb06a

Meinungsbild zu G8/G9: 58% der Einsender und 85% der schulischen Gremien für Beibehaltung von G8

Über 700 Bürgerinnen und Bürgern sowie schulische Gremien äußerten sich zum Teil sehr detailliert zur Frage der Schulzeitverlängerung an Gymnasien

Schulsenator Ties Rabe hatte Hamburgs Bürgerinnen und Bürger sowie die schulischen Gremien aller Schulformen dazu aufgerufen, Ihre Meinung zu G8/G9 zu äußern sowie Wünsche, Kommentare und Anregungen zu formulieren. Rabe: „Ich freue mich, dass sich in so kurzer Zeit über 700 Hamburgerinnen und Hamburger sowie schulische Gremien beteiligt und ein eindeutiges Votum abgegeben haben. 58 Prozent aller Einsendungen und sogar 85 Prozent der schulischen Gremien haben sich klar für die Beibehaltung des Abiturs nach acht Jahren am Gymnasium (G8) ausgesprochen. Sie wünschen sich Ruhe an den Gymnasien und lehnen eine Rückkehr zu G9 mit übergroßer Mehrheit ab. Viele Einsender haben sich intensiv mit dem Thema beschäftigt und uns sehr detaillierte Anmerkungen gegeben und Vorschläge gemacht. Ich bedanke mich für dieses starke Engagement.“

Vom 2. April bis zum 23. Mai 2014 gingen insgesamt 708 Rückmeldungen in einer eigens von der Schulbehörde eingerichteten E-Mail-Adresse ein. Für G8 sprachen sich dabei 408 Einsender (58%), für G9 262 Einsender (37%) und für G8 und G9 an einer Schule 13 Einsender (2%) aus. 23 Einsender gaben kein eindeutiges Votum ab und 2 Einsendungen waren ungültig, da es sich um Doppelungen handelte.

Unter den 708 Einsendungen waren auch 93 Stellungnahmen von schulischen Gremien von Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien, darunter Schulkonferenzen, Elternräte, Kreiselternräte, Lehrerkollegien, Schulleiterkonferenzen und Kammern. Davon sprachen sich 79 für G8 aus (85%), 5 für G9 (5%) und 9 blieben ohne Votum (10%). Im Einzelnen waren darunter 25 Schulkonferenzbeschlüsse aus Stadtteilschulen, die alle für die Beibehaltung der jetzigen Struktur plädierten sowie 13 Schulkonferenzbeschlüsse aus Grundschulen, von denen 9 gegen und 3 für die Einführung von G9 an den Gymnasien plädierten, eine vermied ein klares Votum.

Die Einsender hatten die Möglichkeit einer Veröffentlichung zu widersprechen. Da dies niemand wahrgenommen hat, veröffentlicht die Schulbehörde alle Rückmeldung auf Ihrer Homepage. So haben alle Interessierten die Möglichkeit, die eingesandten Argumente und Anregungen nachzulesen.

Schulsenator Ties Rabe: „Ich freue mich über so zahlreiche Zuschriften. Das Meinungsbild ist eindeutig. Die Mehrheit wünscht sich einen Schulfrieden und keine neue Schulreform an den Gymnasien. Die genauere Auswertung bestätigt aber auch unterschiedliche Akzente. Die eigentlich Betroffenen sind besonders klar und eindeutig mit ihrer Ablehnung. Das gilt vor allem für die aktiven Eltern, Schüler und Schulgremien die zu 85% gegen G9 an den Gymnasien sind. Auch die anderen Einsendungen sind gegen die Wiedereinführung von G9 an den Gymnasien, doch hier liegen Gegner und Befürworter etwas näher zusammen (329 (56%) zu 257 (44%). Offensichtlich ist die Zustimmung für das jetzige G8-Abitur bei den direkt Betroffenen größer als bei denen, die gar nicht mehr zur Schule gehen oder mit der Schule nur noch wenig zu tun haben.“

Das von der Schulbehörde eingerichtet E-Mail-Postfach ist Teil einer umfangreichen Beteiligung der Öffentlichkeit, die Schulsenator Rabe auf den Weg gebracht hatte. Zuvor waren bereits die Schulkonferenzen der Gymnasien befragt worden. Deren Meinungsbild war sehr eindeutig ausgefallen: 87 Prozent der Gymnasien hatten sich gegen Rückkehr zu G9 ausgesprochen, nur 11 Prozent dafür.

Parallel zu den Entscheidungen der Gymnasial-Schulkonferenzen hatten viele weitere schulische Gremien und Verbände die Frage aufgegriffen und sich positioniert. Unter anderem lehnten Hamburgs Elternkammer, Hamburgs Schülerkammer und Hamburgs Lehrerkammer sowie der Landesschulbeirat und beide Lehrgewerkschaften eine Rückkehr zu G9 an den Gymnasien ab. In einer Expertenanhörung im Schulausschuss der Bürgerschaft sprachen sich alle geladenen Experten für eine Beibehaltung des G8 an Hamburgs Gymnasien aus, da G9 bereits flächendeckend an den Stadtteilschulen angeboten wird. Sogar ein Wissenschaftler, der von der Initiative zur Rückkehr zu G9 an den Gymnasien als Kronzeuge benannt wird, lehnte eine Rückkehr zu G9 an den Hamburg Gymnasien ab. Zuletzt hatte sich auch die Konferenz der Schulleitungen der Stadtteilschulen dafür ausgesprochen den Schulfrieden einzuhalten und das Wahlangebot zwischen G8 an Gymnasien und G9 an Stadtteilschulen beizubehalten.

Rückfragen:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

3. Juni 2014/bwf03

Wissenschaft und Forschung weiter stärken

Senat beschließt Neubauten am Campus Bundesstraße und am Campus Bahrenfeld

Studierende und Lehrende am Universitätscampus an der Bundesstraße können sich auf mehr Platz durch den Neubau am Geomatikum freuen, und der Campus Bahrenfeld der Universität Hamburg bekommt ein Forschungsgebäude für das Center for Hybrid Nanostructures. Beide Neubauvorhaben der Behörde für Wissenschaft und Forschung haben heute den Senat passiert. Sie sollen nach dem Mieter-Vermieter-Modell realisiert werden.

Der Universitätscampus an der Bundesstraße wird modernisiert und neugestaltet. Die Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften (MIN) hat besonders dringenden Modernisierungs- und Erweiterungsbedarf. Erster Schritt ist die Errichtung eines Neubaus am Geomatikum. Auf einer Nutzfläche von rund 22.000 Quadratmetern sollen künftig die Geowissenschaften und die Klimaforschung untergebracht werden. Diese räumliche Zusammenführung wird die interdisziplinäre Arbeitsweise im Exzellenzcluster „Integrated Climate System Analysis and Prediction“ (CliSAP) unterstützen. Nach dem Modell des kostenstabilen Bauens ergibt sich ein Baubudget von 177 Millionen Euro. Darin enthalten sind Rückstellungen für Preissteigerungen, Kostenvarianzen und besondere Kostenrisiken. Für den in dem Neubau am Geomatikum integrierten Exzellenzcluster CliSAP werden im Rahmen der Forschungsbauförderung des Bundes rd. 2,7 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Diese Mittel werden dem Vermieter als Investitionszuschuss überlassen. Sie wirken sich daher mietmindernd aus. Die Basis für die Mietberechnung und damit für die Kredithöhe beträgt inklusive der Zwischenfinanzierungskosten 189 Millionen Euro. Der Universität Hamburg werden für die Jahresmiete von rund 11 Millionen Euro zusätzliche Mittel sowie Mittel zur Bewirtschaftung der Gebäude von rund 2 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Entfallene Miet- und Bewirtschaftungskosten für freigezogene Flächen werden dabei gegengerechnet.

Der Campus Bahrenfeld der Universität Hamburg - in unmittelbarer Nachbarschaft zum Deutschen Elektronen Synchrotron (DESY) - wird als Exzellenzstandort der Physik weiter ausgebaut. Nach der Gründung des Zentrums für Optische Quantentechnologien (ZOQ) und des Center for Free-Electron Laser Science (CFEL) soll nun ein Forschungsgebäude für das Center for Hybrid Nanostructures (CHYN) mit rund 4.650 Quadratmetern Nutzfläche entstehen. Hier ergibt sich nach dem Modell des kostenstabilen Bauens ein Baubudget von rund 61 Millionen Euro. Die Basis für die Mietberechnung und damit für die Kredithöhe beträgt inklusive Zwischenfinanzierungskosten 46 Millionen Euro.

Auf Empfehlung des Wissenschaftsrats wird das Vorhaben wegen der herausragenden Forschungskonzeption mit Investitionsmitteln des Bundes für Forschungsbauten und Großgeräte in Höhe von rund 21 Millionen Euro gefördert. Davon wirken sich für den Bau rd. 17 Mio. Euro mietmindernd aus. Der Universität Hamburg werden die Jahresmiete von rund 3 Millionen Euro sowie

für den Gebäudebetrieb rund 1 Mio. Euro zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Für die Ersteinrichtung erhält sie rund 8,5 Mio. Euro und die Fördermittel des Bundes in Höhe von rund 4 Mio. Euro. Der international viel beachtete Campus Bahrenfeld wird dadurch weiter gestärkt.

Der Senat hat sich zum Ziel gesetzt, alle von der Stadt genutzten Immobilien schrittweise in ein Mieter-Vermieter-Modell zu überführen. Dies kommt auch bei den Neubauten am Geomatikum und für das CHYN zur Anwendung. Das heißt, die Rollen von Mieter und Vermieter werden durch getrennte Organisationseinheiten wahrgenommen. Dadurch sollen die Professionalität des Gebäudemanagements gestärkt, Effizienzvorteile generiert und das Kostenbewusstsein insbesondere auf der Mieterseite geschärft werden.

Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: „Wissenschaft und Forschung sind die Triebfeder für die Entwicklung und stete Erneuerung einer modernen Gesellschaft. Dafür braucht es Platz. Mit dem Neubau am Geomatikum und dem für das Center for Hybrid Nanostructures realisiert die Behörde für Wissenschaft und Forschung zwei wichtige Bauvorhaben für die Universität Hamburg. Sie werden dem Campus an der Bundesstraße und dem Campus Bahrenfeld einen deutlichen Schub verleihen. Und sie werden die Exzellenzcluster der Universität Hamburg in der Klimaforschung und in der physikalischen Strukturforschung stärken.“

Die beiden Drucksachen werden jetzt der Bürgerschaft zugeleitet.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Julia Rauner

Tel: 040/42863-2339

E-Mail: julia.rauner@bwf.hamburg.de

5. Juni 2014/bwvi05

Kreuzschifffahrtsinitiative Hamburg

Die Kreuzschifffahrt in Hamburg hat sich in den letzten Jahren hervorragend entwickelt. In 2014 werden in der Hansestadt 187 Anläufe und 600.000 Passagiere erwartet. Beim dies-jährigen Hafengeburtstag haben zwölf Kreuzfahrtschiffe Hamburg besucht. Nächste Woche wird die „Mein Schiff 3“ in Hamburg getauft. Weitere festliche Anlässe in 2014 sind das 10-jährige Jubiläum des Erstanlaufs der „Queen Mary 2“ im Juli sowie die Cruise Days im August.

Senator **Frank Horch**: „Von der beeindruckenden Entwicklung der Kreuzschifffahrt profitiert die gesamte Hamburger Wirtschaft: Werften, Zulieferbetriebe, Ausflugsverkehre oder Catering- und Sicherheitsunternehmen. Mehr als 1.400 Beschäftigte tragen in Hamburg zu einer Wertschöpfung der Branche von geschätzt 270 Millionen Euro bei. Ziel des Hamburger Senats ist es, diese positive Entwicklung zu sichern und ein weiteres Wachstum zu begünstigen.“

Um die strategische Weiterentwicklung des Standorts und die dafür notwendigen Aktivitäten zu planen und umzusetzen, hat der Senat entschieden, eine Kreuzschifffahrtsinitiative zu gründen. In einer Public-Private- Partnerschaft, getragen vom Hamburg Cruise Center e.V. und von städtischen Akteuren soll die Koordination der Maßnahmen und die Abstimmung der Akteure optimiert werden. Dazu gehört die Vernetzung der branchenaffinen Unternehmen am Standort. Darüber hinaus sollen ansässige Unternehmen in ihrer Entwicklung unterstützt- und neue Unternehmen für den Standort begeistert werden. Auch das Thema der nachhaltigen Kreuzschifffahrt wird weiter vorangetrieben. Zudem sind das Marketing für den Kreuzschifffahrtsstandort, Ausbildung und Qualifizierung und die Förderung der touristischen Wertschöpfung Handlungsfelder der Initiative.

Die Stadt investiert darüber hinaus in die notwendige Terminal-Infrastruktur und hat die Hamburg Port Authority in Zusammenarbeit mit der Flughafen Hamburg GmbH beauftragt, ein drittes Kreuzfahrtterminal zu realisieren. Gleichzeitig wird das gesamte Abfertigungsgeschäft reorganisiert.

Dr. Stefan Behn, 1. Vorsitzender Hamburg Cruise Center: „Der Verein Hamburg Cruise Center hat gemeinsam mit seinen Mitgliedern in den letzten 15 Jahren den Standort Hamburg zum Kompetenzzentrum der Kreuzfahrtindustrie im Norden entwickelt; hierauf gilt es mit vereinten Kräften weiter aufzusetzen.“

Für die Unterstützung bei der Umsetzung der Kreuzschifffahrtsinitiative wurde die Einrichtung eines „Cruise Office“ europaweit ausgeschrieben. Unter mehreren geeigneten Bewerbern konnte sich das branchenerfahrene Konsortium aus Hamburg Cruise Center e.V. und UNICONSULT Universal Transport Consulting GmbH durchsetzen.

Gerd Drossel, Cruise Officer: „Mit der Etablierung des Cruise Office läuten wir in Hamburg eine neue Phase ein. Bei weiteren Steigerungsraten geht es zusätzlich darum, die Wertschöpfung für den gesamten Kreuzfahrtstandort zu erhöhen und weiter dafür Sorge zu tragen, mit einer Stimme für die Kreuzfahrt zu sprechen.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke

Tel.: 040-42841-2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

Folgen Sie uns auf Twitter: [@HH_BWVI](https://twitter.com/HH_BWVI)

6. Juni 2014/hhsh06/bwvi06

Schleswig-Holstein und Hamburg: Gemeinsame Wirtschaftsreise in die Türkei

Als Norddeutschlands Kraftzentrum verfügen Hamburg und Schleswig-Holstein traditionell über gute Beziehungen in die Türkei. Um diese weiter auszubauen, werden Senator Frank Horch und Minister Reinhard Meyer vom **09.-15. Juni 2014** während der ersten gemeinsame Wirtschaftsdelegationsreise beider Länder, Ankara und Istanbul besuchen. Sie werden von als 60 Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Unternehmen begleitet.

Die Türkei konnte als Industriestandort vor den Toren der EU sowie als Drehscheibe zwischen Europa, Zentralasien und dem Nahen Osten in den letzten Jahren ein beachtliches Wirtschaftswachstum verzeichnen. Die Wirtschaftsdynamik ist groß.

Senator Frank Horch: „Rund 650 Hamburger Firmen haben wirtschaftliche Beziehungen in die Türkei, 130 von ihnen haben dort auch eine Niederlassung. Das ist ausbaufähig. Ganz besonders im Bereich der maritimen Wirtschaft und der erneuerbaren Energien. Mit unserer Delegationsreise wollen wir für den Norden bestehende Strukturen festigen und neue Kontakte knüpfen. Im Bereich Schifffahrt, Häfen und maritimer Industrie ist die Türkei klar auf Wachstumskurs. Seeverkehre und Häfen profitieren von der exportorientierten türkischen Wirtschaft sowie der Drehscheibenfunktion des Landes.“

Die maritime Industrie der Türkei hat sich neue Geschäftsfelder erschlossen und schaut ebenfalls wieder positiv in die Zukunft – innerhalb von 10 Jahren möchte die Türkei zu Europas größtem Schiffsexporteur werden. Zudem sind die Förderung und der Ausbau von erneuerbaren Energien ein wichtiges Ziel der türkischen Energie- und Wirtschaftspolitik. Bis zum hundertjährigen Bestehen der Türkischen Republik 2023 soll der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix bei 30% liegen. Für norddeutsche Unternehmen ergeben sich als Technologielieferant oder als Kooperationspartner gute Geschäftschancen.

Minister Reinhard Meyer: „Allein die Größe der Delegation von 65 Teilnehmern unterstreicht Bedeutung und Potenzial, das beide Länder dieser Reise beimessen. Und ich gehe davon aus, dass wir neben dem Feld der Maritimen Wirtschaft vor allem auch im Bereich der Windenergie Kooperationen ausloten und manche Türen öffnen können. Und angesichts der Tatsache, dass die Windenergie in der Türkei rein staatlich organisiert ist, kann gerade eine politisch geleitete Delegation aus meiner Sicht einiges bewegen.“ Als einen besonderen Höhepunkt der Reise aus schleswig-holsteinischer Sicht bezeichnete Meyer den gemeinsam mit Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer geplanten Besuch in Kiels Partnerstadt Samsun am schwarzen Meer.

Es wird in Ankara und Istanbul in der Hauptsache um die beiden Themenblöcke Maritime Wirtschaft und Erneuerbare Energien gehen. In Ankara sind Gespräche mit Energie- und Wirtschaftsministerium geplant. Schwerpunkt bilden Treffen mit türkischen Unternehmen und Verbänden. Außerdem treffen sich die Minister mit Vertretern von politischen Stiftungen.

Zur Information:

Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Türkei. Das bilaterale Handelsvolumen erreichte im Jahr 2013 mit einem Anstieg von nahezu 5% einen neuen Rekordwert von insgesamt 33,8 Mrd. €: die türkischen Exporte nach Deutschland stiegen dabei um 1,4% (13,5 Mrd. €) und die Importe aus Deutschland um 7,1% (21,5 Mrd. €). Mit einem Investitionsvolumen von über 12 Mrd. USD seit 1980 ist Deutschland auch der größte ausländische Investor. Die Zahl deutscher Unternehmen bzw. türkischer Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung in der Türkei ist inzwischen auf fast 5.700 5.500 (Januar 2014) gestiegen. Die Betätigungsfelder reichen von der Industrieerzeugung und dem Vertrieb sämtlicher Produkte bis zu Dienstleistungsangeboten aller Art sowie der Führung von Einzel- und Großhandelsbetrieben. In Deutschland beschäftigen rund 75.000 türkischstämmige Unternehmer etwa 370.000 Mitarbeiter und erwirtschaften einen Jahresumsatz von ca. 35 Mrd. €.

Im November 2012 vereinbarten Bundeswirtschaftsminister Rösler und der türkische Energieminister Yildiz mit einer „Gemeinsamen Erklärung“ die Intensivierung der bilateralen Kooperation im Energiebereich. Mit dem jährlich tagenden „Deutsch Türkischen Energieforum“ wurde eine neue Plattform für den Dialog zwischen Vertretern aus Politik und Wirtschaft beider Länder im Energiebereich und der Vereinbarung konkreter Kooperations- und Handlungsfelder geschaffen. Das erste Deutsch-Türkische Energieforum tagte im April 2013 unter Leitung beider Minister in Ankara; die nächste Sitzung soll im Herbst 2014 in Berlin stattfinden.

Im August 2013 vereinbarten die Wirtschaftsministerien beider Länder die Gründung einer Wirtschafts- und Handelskommission, JETCO (Joint Economic and Trade Commission). Geplant ist die Schaffung einer branchenübergreifenden Plattform, mit einer jährlichen Sitzung unter Leitung beider Wirtschaftsminister. Die erste Sitzung soll im Jahr Herbst 2014 stattfinden.

Weitere Informationen finden Sie auf der Seite: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Tuerkei.html>

Rückfragen: Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Susanne Meinecke, Telefon: 040 42841 -2239 E-Mail: susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bwvi, Twitter: @HH_BWVI
Harald Haase Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie Düsternbrooker Weg 94, 24105 Kiel Telefon 0431 988-4420 E-Mail: Harald.Haase@wimi.landsh.de

6. Juni 2014/bwvi06b

Verkehrsgewerbeaufsicht untersagt „Wundercar“ die Vermittlung von Touren

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation ist die personenbeförderungsrechtliche Aufsichts- und Genehmigungsbehörde in Hamburg. Aufgabe der Behörde ist es u.a., für die Einhaltung der Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) und der darauf gestützten Rechtsverordnungen zu sorgen, Verstöße zu unterbinden und begangene Verstöße zu ahnden.

Wer entgeltlich oder geschäftsmäßig Personen mit Kraftfahrzeugen befördert, muss im Besitz einer Genehmigung sein und ist Personenbeförderungsunternehmer im Sinne des Gesetzes. Eine Ausnahme sieht das Gesetz nur für Beförderungen mit Pkw vor, bei denen das Gesamtentgelt die Betriebskosten der Fahrt nicht übersteigt oder die Beförderung unentgeltlich ist. Eine solche Ausnahme hat die Behörde im vorliegenden Fall von „Wundercar“ nicht erkannt.

Auch nach Anhörung des Unternehmens ist die BWVI zur Überzeugung gelangt, dass die „Wundercar“ angeschlossenen Fahrer entgeltliche Personenbeförderung durchführen, ohne im Besitz einer Genehmigung nach dem PBefG zu sein. Da dieses unzulässig ist, hat die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation gegen das Unternehmen eine Verfügung erlassen, mit welcher dem Unternehmen - unter Festsetzung eines Zwangsgelds für jeden Fall der Zuwiderhandlung - untersagt wird, Fahrtwünsche von Fahrgästen an dem Unternehmen angeschlossene Fahrer zu vermitteln.

Rückfragen:

Susanne Meinecke

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tel.: 040-42841-2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

Folgen Sie uns auf [Twitter: @HH_BWVI](https://twitter.com/HH_BWVI)

6. Juni 2014/fb06

Investorenkolloquium für Wohnquartier Finkenau

Großes Interesse an urbanem Wohnquartier in Uhlenhorst

Der Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) der Finanzbehörde hat gestern erfolgreich ein Kolloquium mit 20 Teilnehmern für die Bauträger und Architekten der anhand gegebenen Wohnungsbaugrundstücke der Fläche Finkenau (Bebauungsplangebiet Uhlenhorst 12) durchgeführt. Dabei wurden den Investoren Fragen zum Erschließungsstand sowie technische Fragen zu Baugenehmigungen, Straßenbau, Vermessung, Terminplanung u.a. beantwortet. Ziel der Veranstaltung war es, die Planungsabläufe unterstützen und den Beginn der Bautätigkeiten beschleunigen.

Im Bebauungsplangebiet Uhlenhorst 12, im sogenannten Wohnquartier Finkenau konnte im letzten Jahr, nach dem Abbruch etlicher Gebäude und einer aufwendigen Kampfmittelsondierung, mit der für die Erschließung des zukünftigen Wohnquartiers notwendigen Verlegung der Fernwärmetrasse durch Vattenfall begonnen werden. Dank des milden Winters konnten die anschließenden Arbeiten, wie die Verlegung der Siel- und Wasserleitungen, bereits abgeschlossen werden. Es werden noch Strom- und Telekommunikationsleitungen sowie die Herrichtung einer Baustraße folgen, mit deren Fertigstellung im Herbst 2014 gerechnet wird.

Die Baufelder 1+2 (das sogenannte Familienquartier) sind bereits im Bau. Die Baufelder 3 und 12 sind bereits verkauft. Die weiteren Baufelder sind Investoren bis Mitte nächsten Jahres zur Konkretisierung ihrer Planungen anhand gegeben.

Im Wohnquartier Finkenau drei Baugenossenschaften, die SAGA und eine Baugemeinschaft auf fünf Grundstücken mit zusammen etwa 14.500m² Geschosswohnungsbau mit etwa 230 Wohneinheiten realisieren. Für Stadthäuser stehen auf dem Gelände etwa 18.500 m² zur Verfügung, was einem Bauvolumen von etwa 90-95 Häusern entspricht. Auf Der Baubeginn ist für das erste Quartal 2015 angestrebt.

Im Bereich des Familienquartiers entstehen bereits jetzt neue Gebäude mit über 200 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau.

Hintergrund:

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist der größte Grundeigentümer in Hamburg selbst. Wesentliche Teile des städtischen Immobilienvermögens steuert dabei der Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) der Finanzbehörde in seiner Eigentümerfunktion. Der LIG kauft, aktiviert, entwickelt und vermarktet Grundstücke für Wohnen, Gewerbe und fachpolitische Nutzungen. Die Grundstücke im Bereich des Wohnquartiers Finkenau entwickelt der LIG für fördern & wohnen AöR. Er leistet durch eine ausgewogene Ankaufspolitik und ein aktives und strategisches

Flächenmanagement einen maßgeblichen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung Hamburgs. Dabei finden gesellschaftspolitische Ansprüche auf verstärkten Wohnungsbau sowie die Förderung von Wirtschaft, Arbeitsplätzen und öffentlichen Einrichtungen gleichermaßen Beachtung und werden in ein stadtentwicklungspolitisch ausgewogenes Gleichgewicht gebracht.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

2. Juni 2014/kb02

Zwei neue Bücherbusse für Hamburg

Bücherbusse der Bücherhallen Hamburg fahren Grundschulen, Kindertagesstätten und 33 Haltepunkte im Stadtgebiet an

Die Bücherhallen Hamburg haben heute auf dem Rathausmarkt zwei neue Bücherbusse der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie ersetzen die beiden 16 Jahre alten Modelle, mit denen die Bücherhallen insbesondere in dünn besiedelten Gegenden präsent sind. Jeder Bücherbus hat rund 4.500 Medien an Bord. Die Busse sind schwerpunktmäßig in Harburg und Bergedorf unterwegs und halten an 33 Haltepunkten und an Grundschulen und Kindertagesstätten. Die neuen Bücherbusse wurden für rund 800.000 Euro aus dem Sanierungsfonds 2020 der Hamburgischen Bürgerschaft finanziert.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Seit über 50 Jahren leisten die Bücherhallen Hamburg mit den Bücherbussen einen erfolgreichen Beitrag zur Leseförderung in der Stadt. Mit den Bücherbussen kommt das große Angebot der Bücherhallen Hamburg auch in die entlegenste Ecke und direkt auf viele Schulhöfe und zu Kitas der Stadt. Mit den neuen Bussen und ihrem vielfältigen Angebot haben wir die Grundlage geschaffen, dass die Bücherhallen auch weiterhin möglichst viele Hamburgerinnen und Hamburger und vor allem auch Kinder und Jugendliche erreichen.“

Hella Schwemer-Martienßen, Direktorin der Bücherhallen Hamburg: „Es ist wunderbar, die Fahrbibliotheken Hamburgs in diesen Zeiten auf einen Schlag komplett erneuern zu können. Das ist gewiss eine Hommage an die treue Kundschaft dieses Bibliothekssegments, das immer noch aufsehenerregender empfunden wird als manche technische Spitzenleistung in Bibliotheken.“

Am 21. August 1961 nahm die erste Hamburger Fahrbücherei der Bücherhallen Hamburg mit 11 Ausgabestellen ihren Betrieb auf. Damit begann eine seit 53 Jahren ungebrochene Erfolgsgeschichte in den ländlichen Regionen der Stadt.

Die Bücherbusse sind in den Bezirken Altona, Harburg, Mitte und Bergedorf unterwegs. An den Vormittagen werden Grundschulen und Kindertagesstätten angefahren, nachmittags bedienen die Busse derzeit insgesamt 33 Haltepunkte. Mit einem vielseitigen Angebot von rund 4.500 Medien konnten 2013 pro Bus 34.000 Besucher mit über 90.000 Ausleihen erreicht werden.

Dank eines Rollstuhlflites sind die neuen Bücherbusse erstmals auch barrierefrei. Modulregale, Drehständer und Monitore ermöglichen eine übersichtliche Präsentation der Medienangebote. Zudem befindet sich in den Bussen auch ein bei Kindern beliebtes PC-gestütztes Bilderbuchkino.

Die blaue Metalliclackierung mit Abbildungen Hamburger Wahrzeichen, das LED-Deckenlicht, die LED-Stufenbeleuchtung sowie zahlreiche Tageslichtfenster in der Decke und den Seitenwänden sorgen für einen großzügigen Gesamteindruck.

Die neuen Busse der Marke Volvo Modell B7R (Diesel/300 PS, 7146 Kubikmeter, Automatikgetriebe) sind jeweils 12,5 Meter lang, 2,5 Meter breit und 3,4 Meter hoch. Das Leergewicht beträgt 14,2 Tonnen, das zulässige Gesamtgewicht 18 Tonnen. Die Spezialaufbauten und die Ausstattung erfolgten in Finnland bei einem Marktführer für Bücherbusse.

Spannend für technisch Interessierte: Eine Plexiglasscheibe in der hintersten Serviceklappe ermöglicht einen Blick auf den Motorblock.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

Markus Franke
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Bücherhallen Hamburg
Tel.: 040 / 42 606 121
E-Mail: markus.franke@buecherhallen.de

4. Juni 2014/kb05

Gestaltungswettbewerb für Deserteurdenkmal am Stephansplatz entschieden

Hamburger Künstler Volker Lang soll „Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz“ realisieren

Eine elfköpfige Jury hat heute entschieden, das Konzept des Hamburger Künstlers Volker Lang für die Gestaltung eines Gedenkortes für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz mit dem ersten Preis zu prämiieren. Die Bürgerschaft hatte im Juni 2012 einstimmig beschlossen, ein Deserteurdenkmal zu errichten. Dieses sollte möglichst in unmittelbarer Nähe des sogenannten 76er Denkmals und des Gegendenkmal von Alfred Hrdlicka am Stephansplatz/Dammtor entstehen. Die Fertigstellung des Gedenkortes ist für 2015 geplant. Für die Realisierung stehen insgesamt bis zu 500.000 Euro zur Verfügung.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Mit dem Konzept von Volker Lang ist es gelungen, eine überzeugende Idee zu finden, die zur späten Rehabilitation der Deserteure und anderer Opfer der NS-Militärjustiz beiträgt. Der Mut und die Gradlinigkeit der Menschen, die sich dem Unrecht der NS-Zeit entgegengestellt haben, ist viel zu lange nicht angemessen gewürdigt worden. Wir wollen mit dem Deserteurdenkmal ein wichtiges politisches Zeichen für Zivilcourage und Gerechtigkeit setzen und junge Leute dazu ermutigen, für ihre Überzeugung einzutreten, für Frieden, Toleranz und Mitmenschlichkeit.“

Die Kulturbehörde hatte auf Grund des Beschlusses der Hamburgischen Bürgerschaft einen Gestaltungswettbewerb realisiert. Damit möchten Bürgerschaft und Senat diese lange Zeit nicht anerkannte Opfergruppe würdigen und stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Ziel ist es, mit einer inhaltlich angemessenen und ästhetisch überzeugenden künstlerischen Gestaltung die Opfer der NS-Militärjustiz zu würdigen.

Am Stephansplatz/Dammtor befindet sich bereits das 1936 errichtete monumentale Kriegerdenkmal von Richard Kuöhl, das an die Soldaten des Infanterie-Regiments „Hamburg Nr. 76“ erinnert, sowie das 1983-86 als Gegendenkmal errichtete und unvollendet gebliebene „Mahnmal gegen den Krieg“ von Alfred Hrdlicka.

Die Grundlagen für den Wettbewerb wurden von einem Beirat mit insgesamt fünfzehn Vertretern aus Wissenschaft, Kunst, Architektur, Verbänden und Politik erarbeitet. Zum anonym durchgeführten Wettbewerb waren nach einem Auswahlverfahren 14 Künstler, Künstlerinnen und Künstlergruppen eingeladen, Vorschläge für die Gestaltung des Ortes zu erarbeiten, von denen elf einen Vorschlag eingereicht haben. Das elfköpfige Preisgericht unter Vorsitz von Konstantin Kleffel fasste die

Realisierungsempfehlung für das Konzept von Volker Lang einstimmig. Die Kulturbehörde wird nun mit dem Gewinner Verhandlungen über die Umsetzung seines Entwurfs aufnehmen.

Das Konzept von Volker Lang sieht einen transparenten Baukörper in der Form eines gleichseitigen Dreiecks zwischen dem 76er Denkmal von Richard Kuöhl und dem Gedenkmal von Alfred Hrdlicka vor. Zwei der drei Wände werden aus bronzenen Schriftgittern gebildet. Eine gefaltete geschlossene Wand schließt den Raum zum Dammtordamm ab. Die Texte der Schriftgitter sind dem Werk „Deutschland 1944“ des Autors Helmut Heißenbüttel entnommen, das auch als Audioinstallation am Ort zu hören ist. Die historischen Informationen zum Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz werden als Schrift auf der gefalteten Betonwand angebracht. Das Konzept sieht des Weiteren auch an anderen Unrechtsorten der NS-Militärjustiz Verweise zu dem Gedenkort vor.

Das Preisgericht hebt hervor, dass der Entwurf durch ein zurückhaltendes und zugleich präsent, klares Auftreten zwischen den beiden vorhandenen Denkmälern überzeugt. Dabei erliegt er nicht der Versuchung, deren starkem materiellem Auftreten mit Wucht entgegenzutreten oder sie zu harmonisieren. Die Qualität des filigranen Raumkörpers liegt vielmehr darin, dass er eigenständig wahrgenommen werden kann. Mit dem Text von Heißenbüttel, der einen weiten Assoziationsbogen spannt, bringt der Künstler im wahrsten Sinne des Wortes einen neuen Klang auf den Platz. Er vertraut auf die Kraft des Geistigen gegen die Idealisierung der Gewalt.

Bilder des Siegerentwurfs erhalten Sie über pressestelle@kb.hamburg.de oder unter www.hamburg.de/kulturbehoerde

Ausstellung aller eingereichten Wettbewerbsbeiträge:

Alle eingereichten Wettbewerbsbeiträge und das Ergebnis des Gestaltungswettbewerbs werden vom 12. Juni bis 25. Juni 2014, Montag bis Freitag von 11 – 18 Uhr, im Leo-Lippmann-Saal, Finanzbehörde, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg präsentiert (Einlass jeweils bis 17.30 Uhr).

Zur Eröffnung der Ausstellung mit Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler am

11. Juni 2014, 16 Uhr

im Leo-Lippmann-Saal, Finanzbehörde, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg

laden wir Vertreter der Medien sehr herzlich ein.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann; Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207; enno.isermann@kb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 9. Juni bis 15. Juni 2014

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 09.06.2014

ganztägig Ankara und Istanbul
Senator Frank Horch befindet sich gemeinsam mit Wirtschaftsminister Reinhard Meyer auf einer **Wirtschaftsdelegationsreise in die Türkei** bis zum 15.06.2014.

Dienstag, den 10.06.2014

13:00 Restaurant CÖLLN's, Brodschangen 1-5
Staatsrat Wolfgang Schmidt trifft die **Konsuln der lateinamerikanischen und karibischen Staaten**.

17:00 Rathaus, Kaisersaal
Senatorin Jana Schiedek spricht ein Grußwort anlässlich des **Neustifterempfangs**.

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Senator Ties Rabe nehmen teil.

17:00 Rathaus, Kleines Zimmer / Raum III
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt als Stiftungsratsvorsitzender zur **17. Sitzung der Hamburger Stiftung Asienbrücke**.

Mittwoch, den 11.06.2014

10:00 Wilhelmsburg, Bürgerzentrum, Mengestraße 20
Staatsrat Michael Sachs spricht ein Grußwort anlässlich des **7. Hamburger Forums für Geomatik**.

11:00 Ev. Amalie Sieveking Krankenhaus, Haselkamp 33
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht ein Grußwort anlässlich des **Richtfestes für den Neubau**.

16:00 Krankenhaus Groß-Sand, Groß-Sand 3
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich „**20 Jahre Geriatrie am Krankenhaus Groß-Sand**“ ein Grußwort.

16:00 Leo-Lippmann-Saal, Finanzbehörde, Gänsemarkt 36
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Ausstellungseröffnung der Wettbewerbsbeiträge „Deserteurdenkmal – Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz“**.

17:00 BerufsHotel Kameha Grand, Am Bonner Bogen 1, 53117 Bonn
Senator Michael Neumann und Staatsrat Volker Schiek nehmen bis 13.06.2014 an der **Innenministerkonferenz** teil.

18:00 Hamburg Airport
Staatsrat Jens Lattmann ist zu Gast beim **politischen Abend des Flughafen Hamburg**.

19:30 Stadtteil- und Kulturzentrum Motte, Eulenstraße 43
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt an der **Podiumsdiskussion „Kulturschlösser oder Freigeister“ der Kulturpolitischen Gesellschaft** teil.

Donnerstag, den 12.06.2014

ganztägig Taubenstraße 10, Berlin
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Senator Ties Rabe nehmen bis zum 13.06.2014 an der **346. Kultusministerkonferenz** teil.

10:00 UKE, Martinistraße 52
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks hält ein Referat im Rahmen der **Fachtagung „Interkulturelle Öffnung der Hamburger Gesundheitsversorgung**.

10:00 Landesvertretung Baden-Württemberg, Tiergartenstraße 15, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder** teil.

10:30 Penthouse Elb-Panorama im Atlantic Haus, Bernhard-Nocht-Straße 113
Senatorin Jutta Blankau nimmt an der **Diskussionsveranstaltung „Metalle pro Klima“** teil.

11:00 Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort beim Senatsempfang anlässlich der Verleihung der **„Gerd Bucerius Förderpreise“ der ZEIT-Stiftung für die Freie Presse Osteuropas 2014**.

12:30 Botschaft der Russischen Föderation, Unter den Linden 63-65, Berlin
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt am Empfang anlässlich des **Nationalfeiertages der Russischen Föderation** teil.

15:00 Bundeskanzleramt, Internationaler Konferenzsaal, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder** teil.

18:30 Hotel Hafen Hamburg, Seewartenstraße 9
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks hält im Rahmen einer Barmer GEK Veranstaltung eine Rede zum Thema **„Stellenwert der Krankenhauspflege vor dem Hintergrund der Bundesregierung zu Reformen im stationären Bereich“**.

19:00 Museum für Hamburgische Geschichte, Holstenwall 24
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort anlässlich der **Ausstellungseröffnung „Park Pioniere – 100 Jahre Stadtpark“**.

Freitag, den 13.06.2014

08:30 Handelskammer, Adolphsplatz 1
Senator Dr. Peter Tschentscher spricht anlässlich der **Eröffnung der Hamburger Unternehmenstage: Steuern** ein Grußwort.

09:30 Bundesrat, Berlin

Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen an der **923. Plenarsitzung des Bundesrates** teil.

10:00 Schulz-Lutz-Kaserne, Emminger Weg 347, 29633 Munster
Senator Michael Neumann nimmt an der **Kommandoübergabe über die Brigadeeinheiten der Panzerlehrbrigade 9 an Oberstleutnant i. G. Frank Wasgindt** teil.

19:00 Handelskammer Hamburg, im Börsensaal, Adolphsplatz 1
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt an der **Veranstaltung „Das Herz im Zentrum 2014“** teil.

19:00 Botschaft der Schweiz, Otto-von-Bismarck-Allee 4A, Berlin
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt auf Einladung des Botschafters der Schweiz, Tim Guldemann, an der Veranstaltung **„60 Jahre Wunder von Bern“** teil.

Samstag, den 14.06.2014

19:00 Bucerius Law School, Jungiusstraße 6
Senatorin Jutta Blankau nimmt an der Diskussion zum **„grünen Netzwerk“ und zur autofreien Innenstadt anlässlich des Sommersalons der Zeit-Stiftung** teil.

19:00 Milchhof Reitbrook, Vorderdeich 275
Senator Ties Rabe verleiht dem Initiator der **Bergedorfer Musiktage, Dr. med. Farhang Logmani, die Medaille für treue Dienste des Volkes** in Silber und wohnt dem anschließenden Konzertabend „Una Sera Magica – Ein Opernabend, der verzaubert“ bei.

Sonntag, den 15.06.2014

11:00 Chrysander Straße/Augustastraße
Senator Michael Neumann gibt den Startschuss beim **3. Bergedorfer Citylauf**.